

**ANTWORTEN VON
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
AUF DIE FRAGEN DES
PROJEKTS BUNDESTAGSWAHL 2009
DEUTSCHLAND-ISRAEL**

***BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN***



Antworten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Fragen des PROJEKTS BUNDESTAGSWAHL 2009 Deutschland-Israel

Frage 1

Wie bewerten Sie die Aussage: Deutschland hat aus der Geschichte heraus eine besondere Verantwortung gegenüber Israel?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen diese Aussage nachdrücklich. Dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel heute so eng und freundschaftlich sind, ist keineswegs selbstverständlich. Die menschenverachtende Politik des Nationalsozialismus und die Ermordung von sechs Millionen Juden in Europa liegen erst 60 Jahre zurück. Zu unserer Verantwortung gehört auch die Bekämpfung des Antisemitismus, der ein anhaltend großes und gesamtgesellschaftliches Problem in Deutschland ist. Auch dafür setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nachdrücklich ein.

Frage 2

Deutschland hat sich aus der sogenannten „Durban II“-Konferenz im April 2009 in Genf zurückgezogen – aus Sorge heraus, dass diese Konferenz zum Beispiel von Irans Präsident Achmadinedschad zu antisemitischer Hetze missbraucht werden könnte. Wie beurteilen Sie die Entscheidung Deutschlands?

Viele Aussagen von Präsident Ahmadinedschad sind in jeder Weise inakzeptabel und zurückzuweisen. Zurückweisen kann man aber nur, wenn man auch präsent ist. Deutschland konnte aber in Genf den Saal gar nicht verlassen, weil die Stühle bereits leer waren. So hat man letztlich die Konferenz – bei der es schließlich um ein internationales Dokument zur Antirassismuskonferenz ging - nicht mehr beeinflussen können. Ein positives Gegenbeispiel war die Rede des norwegischen Außenministers, der minutenlang die Rede des iranischen Präsidenten kritisierte und ihren Inhalt und Stil klar zurückwies. Deshalb haben wir die Entscheidung Deutschlands, sich von der Konferenz zurückzuziehen bedauert und kritisiert.

Dadurch, dass Deutschland erstmals eine Konferenz der UNO verlassen hat, wurde die traditionelle deutsche Linie zur Stärkung der Vereinten Nationen beschädigt. Auch in anderen Foren, zum Beispiel der Generalversammlung, wird man sich in Zukunft mit unbequemen und undemokratischen Repräsentanten anderer Staaten auseinandersetzen müssen. Sich stattdessen rauszuhalten ist der falsche Weg.

Frage 3

Welche Maßnahmen ziehen Sie in Erwägung angesichts der potenziellen atomaren Bedrohung Israels durch den Iran und angesichts der Tatsache, dass Deutschland der wichtigste westliche Handelspartner des Irans ist?

Wir wollen vor allem Maßnahmen für die Menschen im Iran ergreifen und den Dialog mit Ihnen führen. Unsere Solidarität gilt all jenen, die seit der Wahl vom 12. Juni ihren Zweifeln am Wahlergebnis mit friedlichen Protesten Ausdruck verleihen. Die Gewalt des Staates gegen die Protestierenden und die massenhaften Verhaftungen haben wir scharf kritisiert. Wir unterstützen Aktionen, die in Deutschland und weltweit Solidarität mit den Protestierenden ausdrücken.

Wir unterstützen Diskussionen über Sanktionen im Rahmen einer abgestimmten Politik zwischen den verhandelnden Staaten der 3+3 im Rahmen der Vereinten Nationen. Dabei kommen nur Sanktionen in Frage, die punktgenau gegen den Atomsektor oder Menschenrechtsverletzungen wirken, aber nicht den Menschen im Iran schaden und so indirekt das Regime stützen.

Weitere Schritte sollten sich auf die konkrete Menschenrechtsarbeit, den Austausch mit den iranischen Reformierenden und Reformern und der Öffnung der iranischen Gesellschaft konzentrieren. Im Atomstreit mit Iran müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um eine Verhandlungslösung zu erreichen. Das ist die einzige Möglichkeit, eine potentielle Bedrohung Israels zu verhindern. Militärschläge gegen die Atomanlagen könnten wahrscheinlich den Bau der Bombe nicht verhindern, sondern würden die ganze Region ins Chaos stürzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen militärische Maßnahmen ab.

Frage 4

Die Hamas strebt laut eigener Charta nach wie vor die Zerstörung Israels an, bekennt sich zum Terrorkampf gegen Israel und erkennt bestehende Verträge nicht an. Was ist Ihrer Meinung nach eine angemessene Strategie?

Die fehlende Lösung des Nahostkonflikts und der gescheiterte Oslo-Prozess sind die Hauptursachen für die fehlende Unterstützung der Friedenskräfte sowohl in der palästinensischen wie in der israelischen Gesellschaft. Deshalb halten wir Strategien für sinnvoll, die eine Wiederbelebung des Friedensprozesses ermöglichen. Denn die Enttäuschung über das Scheitern des Friedensprozesses wird von nationalistischen Gruppierungen genutzt, die eine kompromisslose Linie vertreten. Allerdings haben sich auch seitens der Hamas moderatere Stimmen gemehrt, die sich für eine Akzeptanz der Grenzen von 1967 aussprechen (so z.B. die Hamas-Führer Ismail Haniya und Khaled Mashaal).

Wenn eine Veränderung der Hamas zu einer politischen Kraft möglich ist und ihre Einbindung mehr Sicherheit für Israel bringen kann, muss dieser Weg verfolgt werden. Eine Versöhnung zwischen Fatah und Hamas, die international derzeit verfolgt wird, könnte dazu beitragen. Wir drängen auf demokratische Reformen bei den Palästinenserinnen und Palästinensern und haben die klare Erwartung, dass auf Gewalt gegen israelische Zivilistinnen und Zivilisten verzichtet wird.

Frage 5

Zum Anliegen der Verbesserung der deutsch-israelischen Beziehungen: Welche Erfahrungen haben Sie persönlich gemacht? Welche Empfehlungen haben Sie – auch für das konkrete Engagement von Bürgern in Ihrem Wahlkreis?

Die Eskalation des israelisch-palästinensischen Konfliktes hat dazu geführt, dass über das Thema der deutsch-israelischen Beziehungen in Deutschland mit zum Teil großer Heftigkeit gestritten wird. Oft teilt sich die Diskussion in unfruchtbare „pro-palästinensische“ und „pro-israelische“ Lager.

Wir sind der Auffassung, dass der weit reichende Austausch zwischen der israelischen und der deutschen Gesellschaft, mit Jugendbegegnungen, Kulturfestivals und intensiven persönlichen Kontakten von unschätzbarem Wert ist. Das gilt sowohl in Bezug auf die deutsch-israelischen Beziehungen als auch als Beitrag für eine friedliche Entwicklung im Nahen Osten. Unsere Empfehlung ist es, sich mit Kräften und auf allen Ebenen für diese freundschaftlichen Verbindungen einzusetzen, wo möglich auch unter Einbeziehung arabischer Israelinnen und Israelis und von Palästinenserinnen und Palästinenser.